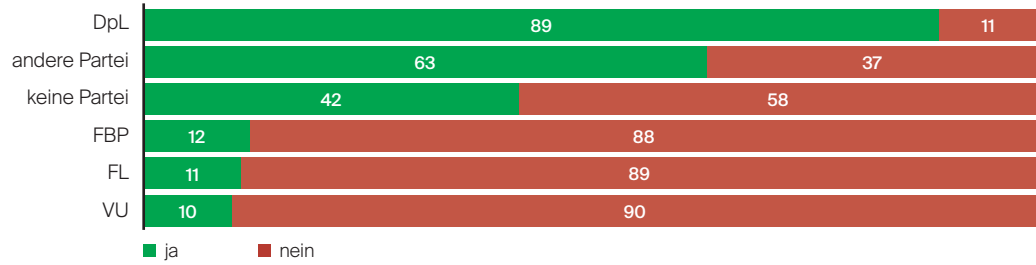


Ergebnisse der Abstimmungsumfrage

Liechtensteiner Vaterland | Mittwoch, 28. Februar 2024

Fronten zwischen den Parteilagern waren noch nie derart klar



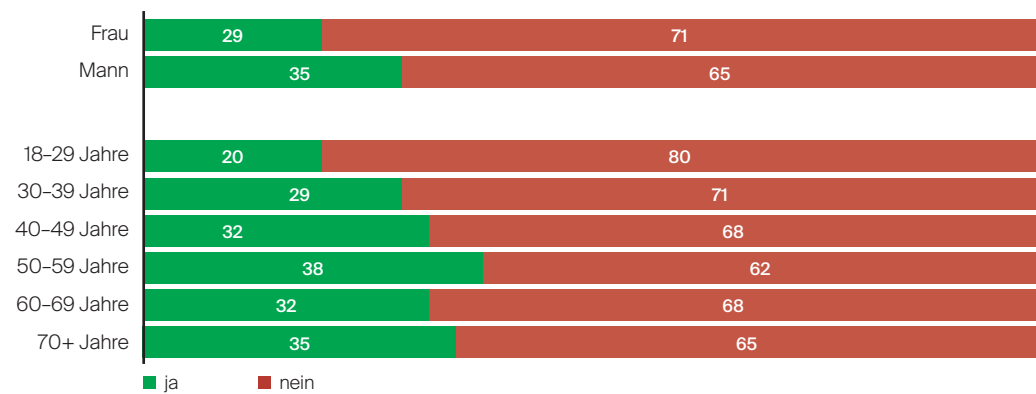
Quelle: Liechtenstein-Institut

Bei der Abstimmung über die Direktwahl der Regierung war die sogenannte Parolenkonformität aussergewöhnlich hoch. Das heisst, das Stimmverhalten der Bürger stimmte mit der Abstimmungsparole ihrer bevorzugten Partei überein. Gerade in jüngerer Vergangenheit war dies längst nicht immer der Fall. «Tat-

sächlich waren die Fronten zwischen den Parteilagern seit dem Eintritt der DU/DpL ins Parteiensystem noch nie derart klar wie bei der Abstimmung über die Direktwahl der Regierung», schreibt das Liechtenstein-Institut in seiner Kurzanalyse der Abstimmungsumfrage. Demnach haben die Sympathisanten der beiden

Grossparteien VU und FBP die DpL-Initiative beinahe geschlossen abgelehnt, ebenso die Sympathisanten der Freien Liste. Für einen Erfolg der Initiative wäre somit eine starke Unterstützung aus dem Lager der Parteiunabhängigen nötig gewesen. Doch auch diese lehnten die Verfassungsänderung klar ab.

Die Jüngsten sagten am deutlichsten Nein zur Direktwahl der Regierung



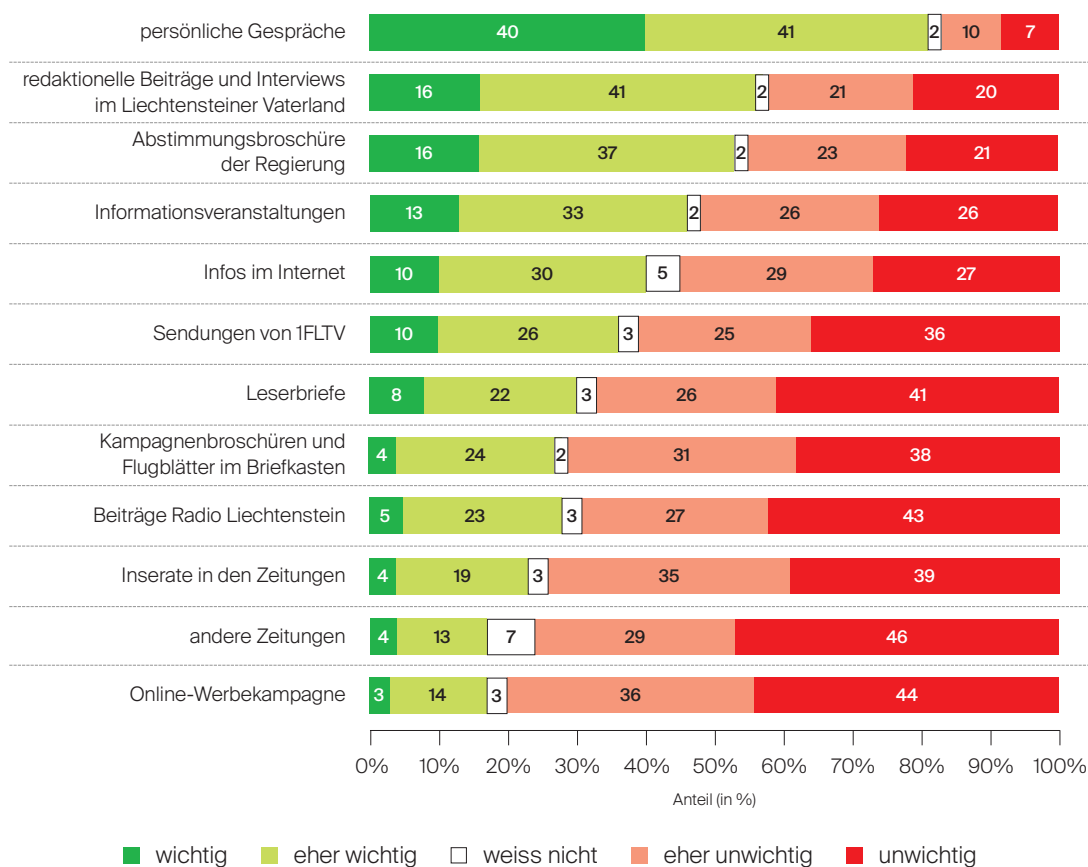
Quelle: Liechtenstein-Institut

Einen Generationengraben gab es bei der Abstimmung über die Direktwahl der Regierung nicht. In allen Altersgruppen wurde die Initiative der DpL deutlich abgelehnt. Dennoch zeigt sich anhand der Umfrage des Liechtenstein-Instituts, dass jüngere Stimmbürger

tendenziell häufiger mit Nein gestimmt haben. Geradezu krachend wurde die Initiative von den Jüngsten bachab geschickt: 80 Prozent der 18- bis 29-Jährigen lehnten die Direktwahl der Regierung ab. Am meisten Zuspruch erhielt das Ansinnen noch bei den

50- bis 59-Jährigen, dennoch stimmten auch hier 62 Prozent der Umfrageteilnehmer mit Nein. Unwesentlich war im Ergebnis auch das Geschlecht: Männer wie Frauen waren mehrheitlich gegen die Initiative, wobei der Nein-Anteil bei den Frauen höher ausfällt.

Die klassischen Informationskanäle waren besonders gefragt



Quelle: Liechtenstein-Institut

Einmal mehr waren die wichtigsten Informationskanäle im Vorfeld zur Abstimmung über die Volkswahl der Regierung persönliche Gespräche sowie redaktionelle Beiträge im «Liechtensteiner Vaterland». Verglichen mit früheren Abstimmungen waren für die Teilnehmer der Abstimmungsumfrage hingegen

vor allem die «Infos im Internet» deutlich weniger wichtig. Sie wurden im Vergleich zur Abstimmung über die Energievorlagen Ende Januar von der offiziellen Abstimmungsbroschüre und Informationsveranstaltungen überholt. Auch «andere Zeitungen» haben stark an Relevanz eingebüsst. Die drei etablierten Medi-

enunternehmen konnten in der Bewertung hingegen allesamt leicht zulegen. Zugleich festigte 1FL TV seine Platzierung vor Radio L. Der private Fernsehsender hatte das öffentlich-rechtliche Radio bei der Umfrage zu den Abstimmungen Ende Januar erstmals seit Beginn der Erhebungen überholt.

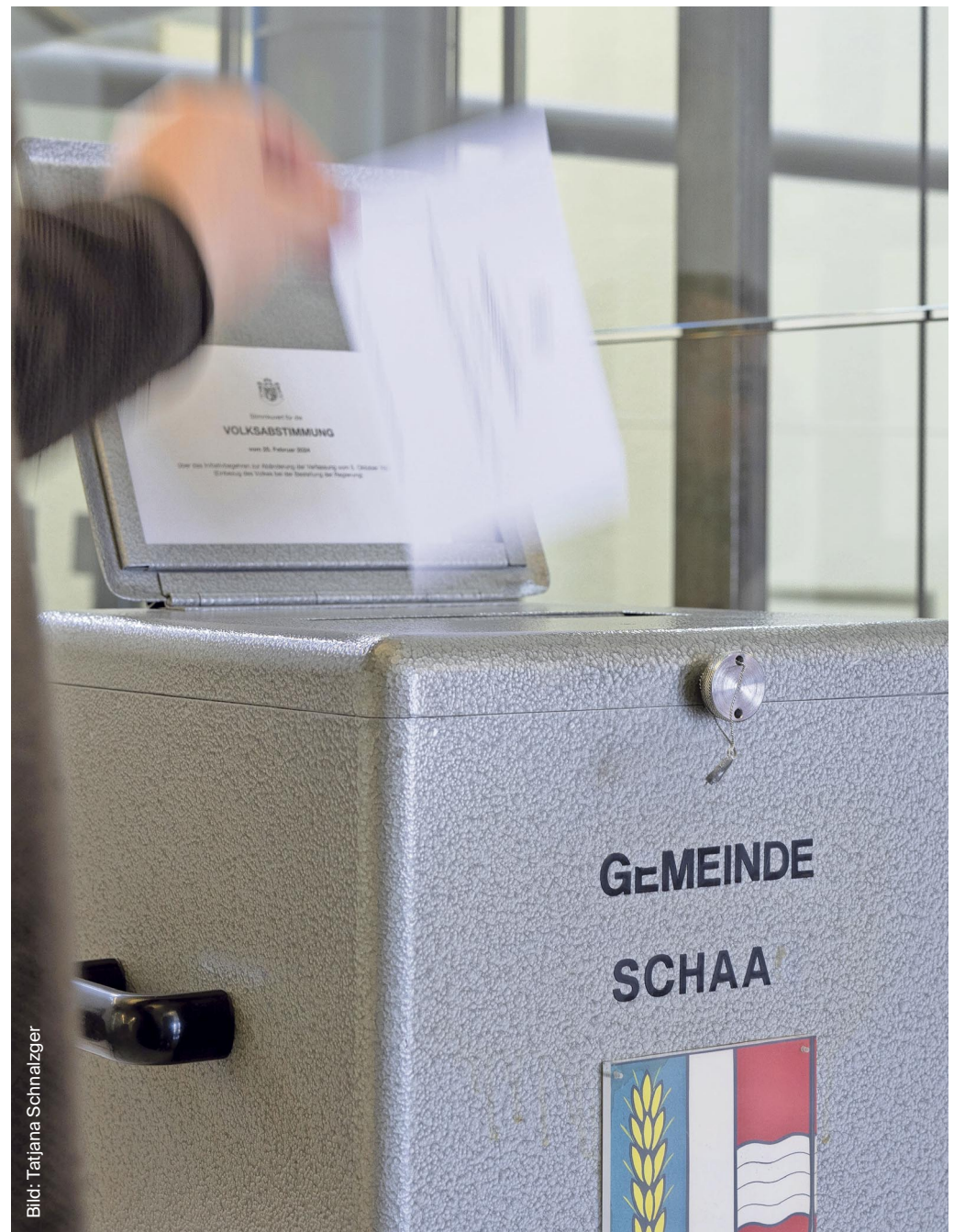


Bild: Tatjana Schnalzer

«Experiment» war Hauptargument für Nein zur Direktwahl

Für viele Stimmbürger wäre die Annahme der DpL-Initiative am vergangenen Sonntag ein Experiment mit einem aus ihrer Sicht funktionierenden System gewesen.

David Sele

«Es ist ein Experiment», sagte der Schweizer Staatsrechtsprofessor Andreas Glaser am 31. Januar im «Vaterland». Glaser ist Professor für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht an der Universität Zürich sowie Direktionsmitglied am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA). Und dort hatte er den Vorschlag der DpL zur Einführung einer Direktwahl der Regierung federführend ausgearbeitet.

In dem besagten Interview sprach sich Glaser zwar nach wie vor für die Initiative aus. Er musste aber auch einräumen, dass die Folgen der angedachten Systemänderung ungewiss sind. «Ja, es ist ein Experiment. Die Frage wird sein, ob sich die Liechtensteiner auf dieses Experiment einlassen wollen – vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die sie mit dem bisherigen

System gemacht haben», sagte Glaser.

Exakt diese Fragestellung scheinen sich viele Stimmbürgerinnen denn auch zu Herzen genommen haben, wie die Abstimmungsumfrage des Liechtenstein-Instituts nun zeigt.

Stabilität nicht ohne Notwendigkeit gefährden

Mehr als ein Drittel der Nein-Stimmenden nannte Motive im Zusammenhang mit «Experiment/Unsicherheit» als Motiv, die Initiative abzulehnen. Man wolle kein Experiment, die Unsicherheit sei zu gross und die Stabilität des politischen Systems in Gefahr, hiess es etwa.

Am zweithäufigsten wurde als erstes die Erfahrung mit dem bisherigen System angeführt: Dieses habe sich bewährt und man sei zufrieden mit dem Status quo, schrieb sinngemäss ein Fünftel der Nein-Stimmenden

in das offene Antwortfeld. Jeder siebte Nein-Stimmenden nannte aber auch konkrete negative Auswirkungen auf das politische System. Insbesondere eine befürchtete «Amerikanisierung der Wahlkämpfe» spielte hier eine Rolle. Und jeder achte Nein-Stimmende kritisierte, dass die zur Abstimmung vorgelegte Variante unausgereift oder eine Mogelpackung sei.

Volksrechte stärken und Parteien schwächen

Derweil dominierte bei den Befürwortern der Initiative vor allem das Motiv, die Volksrechte zu stärken. Mehr als ein Drittel der Ja-Stimmenden machte eine Aussage in diese Richtung. Mehr als ein Fünftel übte zudem Kritik an den Parteien, viele von ihnen erhofften sich, die generelle Parteienmacht und politische Vetternwirtschaft einzuschränken.

Hinweis zu den Ergebnissen der Abstimmungsumfrage

n=1251, Daten gewichtet, Fehlermarge +/-3 Prozentpunkte, für kleinere Subgruppen, beispielsweise Anhängerschaften der Grossparteien (n= ca. 200) +/-7 Prozentpunkte.